

Pressemitteilung

Lösungen nur zur Rettung der Banken

MdL Norbert Schmitt übte Kritik an Landes- und Bundesregierung

Der Bergsträßer SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Schmitt, bekannt als scharfzüngiger Redner, nutzte die Mitgliederversammlung der Lorsch Sozialdemokraten zu einer umfassenden Abrechnung mit der kaum verständlichen Arbeit von CDU/FDP im Bund und in Hessen. Dabei kritisierte er beim Euro-Rettungsschirm die „Salamitaktik“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er warf ihr vor, kein Konzept zu haben. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen rettungsschirm sei zu erwarten gewesen. Die Mittel seien aber bei 190 Milliarden gedeckelt (Haftungsgrenze). Das sei aber keine Obergrenze. Wer mehr haben wolle, müsse künftig das Parlament fragen. Das Haushaltsrecht sei das vornehmste Recht der Abgeordneten, das dürfe nicht an die Regierungschefs delegiert werden. Benötigt werde für die Zukunft ein einiges Europa, mit Parlament und Regierung. Das müsse man laut sagen.

Es sei undemokratisch, wenn die Ökonomie die Politik diktiere. Es dürfe nicht sein, dass Lösungen nur darauf gerichtet seien, Banken zu retten. Es dürfe auch nicht sein, dass Steuerflüchtlinge anonym bleiben und ungestraft davonkommen. In diesem Zusammenhang nannte Schmitt auch den Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank. „Das hat den Spekulanten einen Strich durch die Rechnung gemacht“. Bezüglich der Rente sei es notwendig, den Stundenlohn so hoch anzusetzen, dass eine Mindestrente von 850 Euro zu erwarten sei. Die SPD habe sich schon immer dagegen ausgesprochen, die Rente unter das Sozialhilfeniveau sinken zu lassen. Man dürfe zu Absicherung nicht die Rentenbeiträge erhöhen oder die Mehrwertsteuer. Das treffe die kleinen Leute. Die Rente müsse durch Steuern finanziert werden und zwar durch Steuern von Reichen. „Der gesellschaftliche Reichtum muss anders verteilt werden“, forderte Norbert Schmitt. Zu diesem Thema gab es eine lebhaftige Diskussion.

Zur hessischen Regierungspolitik stellte der Abgeordnete fest, dass Hessen in Punkten wie Bildungspolitik, Ökologie und Ökonomie nicht mehr „vorn“ sei, sondern nur noch auf einem Mittelplatz liege. Die Staatsschulden seien höher als zu rot-grünen Zeiten.

../2

- 2 -



Frank Schierk, Fraktionsvorsitzender der Lorsch SPD im Stadtparlament vermutete in seiner Rede, dass es zwar keine Koalition gebe zwischen CDU und Grünen, vermutlich aber Absprachen. Das sei wohl eine Auswirkung der Kreiskoalition zwischen CDU und Grünen. Lorsch habe im Laufe der vergangenen Jahre zwar Schulden abgebaut, müsse sich aber im kommenden Haushaltsjahr auf Schwerpunkte konzentrieren. Die SPD müsse dazu inhaltlich etwas beitragen, etwa den Betriebshof zu einem Eigenbetrieb machen oder sich um die Leichtathletikanlage zu kümmern. Auch die Frage der nicht belegten Kindertagesstätte sei ein Thema. Zu fragen sei, ob das an den Gebühren in Höhe von 375 Euro liege für eine tägliche Betreuungszeit von 7.30 bis 14 Uhr. Das könnten sich viele Familien nicht leisten. Die neue Kita sei gut gemein aber schlecht gemacht.

In diesem Zusammenhang kritisierte Frank Schierk auch Bürgermeister Christian Schönung, der ständig die Presse informiere, offiziell aber nicht die Stadtverordneten. Das gelte sowohl für die künftige Leichtathletikanlage, die jetzt wieder auf dem Olympiagelände entstehen solle, als auch für die Pläne zur Nutzung des Geländes am alten Feuerwehrhaus. Kritisiert wurde von ihm auch, dass der Beschluss, die Bahnhofstraße/Kirchstraße in Süßkindstraße umzubenennen, bisher nicht vom Magistrat beraten worden sei. Es gebe wohl auch Differenzen zwischen CDU und Bürgermeister. Nicht unerwähnt ließ Schierk auch den Ausbau Lorsch als Weltkulturerbe. Die Verwaltung Staatliche Schlösser und Gärten lasse Lorsch am Katzentisch sitzen, wenn es um die Frage der Folgekosten gehe. Lorsch müsse wohl die Kosten tragen, sei aber raus aus der Diskussion.